

Theodor Bergmann

Der 100-jährige Krieg um Israel



Eine **internationalistische** Position
zum **Nahostkonflikt**

Theodor Bergmann
Der 100-jährige Krieg um Israel

Theodor Bergmann, geb. 1916, ehemaliger Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim, lebt in Stuttgart. 2010 erschienen bei VSA »Weggefährten. Gesprächspartner – Lehrer – Freunde – Helfer eines kritischen Kommunisten«.

Theodor Bergmann

Der 100-jährige Krieg um Israel

Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt

VSA: Verlag Hamburg



Zur Titelgrafik:

Das Motiv entstammt dem nebenstehenden Plakat aus dem Jahr 1948. Der hebräische Text lautet übersetzt:

Freundschaftsgesellschaft Israel-UdSSR (*über den Flaggen*)

Die Volksmassen in Israel begrüßen die Eröffnung der Botschaft der Sowjetunion

Willkommen!

Die Freundschaft mit der Sowjetunion ist die Garantie unserer nationalen Unabhängigkeit (*unter den Flaggen*)

Wir entnahmen das Plakat mit freundlicher Genehmigung des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv dem Katalog »Wider den Strom! Die Kommunistische Partei Israels (KPI) 1919-2009«, herausgegeben von Tamar Gozansky und Angelika Timm. Er wurde am 25. März 2009 auf einer Konferenz an der Universität Tel Aviv aus Anlass des 90. Jahrestags der Kommunistischen Partei Israels vorgestellt.

Inhalt

Vorwort	7
1. Eine internationalistische Ausgangsposition	9
2. Vergangenheit	10
2.1 Der Nahe Osten – eine Region der Konflikte	10
2.2 Bevölkerung und Einwanderung	11
2.3 Zionismus und Staatsgründung	16
2.4 Arbeiterbewegung, Zionismus und Antisemitismus	21
3. Gegenwart.....	27
3.1 Deutsche Arbeiterbewegung und Israel	27
3.2 Israels fragwürdige militärische Erfolge	31
3.3 Der bewaffnete Kleinstaat zwischen den Mächten	37
3.4 Ein kurzer Blick auf eine Gesellschaft im Wandel	41
3.5 Die neuen Historiker	48
3.6 Politische Entwicklungen nach dem Jahr 2000	53
3.7 Das militärische Patt	56
3.8 Fehler und Irrtümer israelischer Regierungen	58
3.10 Die Historisierung von Auschwitz	62
3.11 Die aktuelle Debatte unter Sozialisten	65
4. Zukunft	75
4.1 Wo bleiben die israelischen Kriegsgegner?	75
4.2 Eine internationalistische Lösung	79
5. Literatur	84
Abkürzungen	86

Vorwort

Mit diesem Essay möchte ich einen Beitrag zur Versachlichung der gegenwärtigen Debatte unter Sozialisten leisten. Sie wird mit viel Emotionen, manchmal mit geringer Geschichtskennntnis geführt.

Zu danken habe ich Avner Ofrath für die Kontrolle der historischen Daten, Heiner Jestrabek für seine geduldige Arbeit bei der Erstellung des druckreifen Manuskripts und für Hinweise auf Internet-Publikationen Prof. Dr. Anne Valle Zárate, Joachim Bruhn und Thorsten Fuchshuber für Hinweise auf wichtige Literatur zum Thema. Die Verantwortung für die politische Position und für alle eventuellen Fehler trage ich allein.

Anfang 2011

1. Eine internationalistische Ausgangsposition

Dieser Essay gründet auf der Position eines kritischen Kommunismus und revolutionären Internationalismus. Das bedeutet, dass ich nicht nur deutsche Innen- und Wirtschaftspolitik von einem marxistischen Standpunkt zu analysieren versuche, sondern ebenso Ereignisse und Entwicklungen der Weltpolitik. Auch in der Weltpolitik gibt es Klassenkampf. Aber eine unabhängige Klassenanalyse der Weltpolitik – unabhängig von den diplomatischen Zielen kapitalistischer und sozialistischer Staaten, wie sie vor 1914 üblich war – ist heute sehr selten. Daher bemühe ich mich, von früheren Marxisten zu lernen, von Rosa Luxemburg, August Thalheimer, Isaac Deutscher. Also bin ich nicht antideutsch oder antiamerikanisch oder anti-iranisch, sondern antikapitalistisch. Es gibt für mich nicht »die Deutschen«, »die Amerikaner«, »die Juden«. Vielmehr weiß ich, dass es – wie der britische Premierminister Benjamin Disraeli Mitte des 19. Jahrhunderts sagte – »in jeder Nation zwei Nationen« gibt, Herren und Beherrschte, Oben und Unten, Bourgeoisie und Proletariat; in Deutschland gab es vielleicht 30.000 KZ-Wächter und zehnmal so viele KZler. Meine Solidarität gilt überall den Werktätigen, den verfolgten Kommunisten und Sozialisten, den Unterdrückten.

Ebenso verbietet sich mir jede undifferenzierte Verallgemeinerung bei »der Linken«. Wir wissen heute nicht präzise, wer und was »die Linke« ist. Sogar Heiner Geißler, ehemals Gehilfe von Konrad Adenauer, immer noch CDU, wird von manchen als Linker bezeichnet.

In der Analyse des 100-jährigen Nahostkonflikts, dem Thema dieses Essays, versuche ich, ohne Verallgemeinerungen auszukommen, die Möglichkeiten und Hindernisse eines Friedens zu eruieren. Ohne jeden Zweifel ist das jüdische Volk dem brutalsten Vernichtungsversuch in der Geschichte ausgesetzt gewesen. Der Antisemitismus ist älter als der aktuelle Konflikt, viel viel älter; aber diese vielleicht Jahrtausende währende Geschichte und ihre Gründe können in diesem Essay nicht behandelt werden. Dazu gibt es genügend Literatur. Die Antwort auf diese Konflikte ist die Gründung des Staates Israel. Aber ich bemühe mich auch, über diesen aktuellen Kampf zweier nationaler Unabhängigkeitsbewegungen hinauszublicken.

Es gibt in dieser Welt des 21. Jahrhunderts mehr soziale Ausbeutung und Unterdrückung, mehr Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, mehr Ausgrenzung ethnischer Minderheiten, die nicht ignoriert werden dürfen, auch wenn die Leiden des jüdischen Volkes nicht relativiert werden können.

4. Zukunft

4.1 Wo bleiben die israelischen Kriegsgegner?

Die überwältigende Mehrheit der israelischen Staatsbürger möchte in Frieden in einem eigenen Staat leben. Nur wenige wären heute bereit, einen binationalen Staat zu akzeptieren. Eine Minderheit von 5% fordert ein größeres Israel. Wo bleibt die Mehrheit von 95%?

Diese Mehrheit würde vermutlich die Position des friedensbereiten Schriftstellers Amos Oz unterschreiben: »Israel darf nicht länger zwei Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten als Geiseln halten, um seine Forderung nach der Einstellung des Terrors durchzusetzen. Das ist nicht nur unzulässig, sondern auch dumm, schädlich, gefährlich. Wir müssen noch einen Versuch unternehmen, dem Okkupationszustand durch Verhandlungen auf der Grundlage des Clinton-Konzepts und der Taba-Vereinbarung ein Ende zu machen, freilich ohne die Autobombe, die sich ›Rückkehrrecht‹ nennt. Wenn dieser Versuch scheitert, müssen wir die Besatzung beenden und die Gebiete räumen, in denen ein anderes Volk lebt – und Palästina sich selbst überlassen. Mit oder ohne Frieden. Wird Palästina uns dann in Ruhe lassen? Wenn nicht, werden wir unser Land und unsere Freiheit verteidigen – unser Land, nicht unsere Eroberungen.«²¹

Es hat seit 1967 immer wieder Demonstrationen, Aktionen und Organisationen gegeben, die der ausgreifenden Siedlerbewegung und ihrer Duldung, später der Förderung durch die Regierung widersprochen haben. Sogar während der Kriege (Libanon-Krieg 1982, Gaza-Krieg 2009) fanden solche Demonstrationen und Aktionen statt, nicht nur von Zivilisten, sondern auch von aktiven Reservisten und Offizieren. Manchmal fanden gemeinsame Aktionen von Juden und Arabern statt. Wenn Israel allerdings militärisch bedroht worden ist, haben auch Kritiker ihr Land verteidigt. Timm (2003) beschreibt einige dieser Friedensorganisationen (siehe Kap. 3.4), manche als mehr politisch aktiv, andere mit praktischer Hilfe ihre internationalistische Haltung beweisend. Einige Organisationen haben Bestand, andere verschwinden wieder nach einiger Zeit.

Nur ein Beispiel sei hier genannt. Der Reservegeneral Aharon Jariv hat 1988 einen »Rat für Frieden und Sicherheit« gegründet, der sich seitdem

²¹ In: Jeditot Acharonot, 6.2.2002, zitiert nach Timm (2003): 225.

immer wieder für einen Kompromiss und Frieden mit den Palästinensern einsetzt. Aber es fehlt die Koordination, die kontinuierliche Bündelung der Kräfte. Was ist die Ursache dieser Zersplitterung?

Ich sehe sechs wesentliche Gründe:

1. Niedergang der Sozialdemokratie. Die Arbeitspartei und ihre zwei sozialistischen Bündnisparteien haben vor und nach der Staatsgründung das Land geführt. Sie haben einen Prozess durchgemacht ähnlich dem der SPD und der Labour Party, haben aus »Staatsverantwortung« auf sozialistische oder wenigstens reformistische Ziele verzichtet und so ihre Basis abgestoßen und verloren. Wer heute gegen die Politik des Parteiapparats protestiert und Alternativen sucht, wird an den Rand gedrängt.
2. Niedergang der bürgerlichen Demokratie. Die enge Verflechtung von »Wirtschaft« (Bourgeoisie) und »politischer Klasse« (Staatsapparat) bewirkt ein Ohnmachtsgefühl, keineswegs Entpolitisierung. Die Beteiligung bei den angeblich die Politik entscheidenden Parlamentswahlen liegt bei 60%.
3. Das Lager der Friedenswilligen ist sozial- und wirtschaftspolitisch gespalten. Die Bürgerlichen wollen »Marktwirtschaft« und haben wenig Verständnis für den Klassenkampf der proletarischen Kriegsgegner.
4. Es fehlt ein gemeinsames Mindestprogramm des Friedenslagers. Dieses müsste als Hauptpunkt Verhandlungen und Frieden haben und die wirtschaftspolitischen Fragen zwar nicht verheimlichen, aber zurückstellen für die Zeit nach einem Friedensschluss. Es fehlt eine politische Führung (Organisation, Partei), die ein solches Mindestprogramm formuliert und die zersplitterten Kräfte zusammenführt. Das könnten die Kommunisten sein, jetzt Chadash genannt, oder eine neue Sozialdemokratie – wenn nicht Antikommunismus und Antisozialismus immer noch die Atmosphäre beherrschen würden.
5. Die reale militärische Bedrohung, die wiederkehrenden Angriffe zwingen zu innerer Solidarität. Die Regierung fördert die Existenzangst der Menschen, und die Hetze der Rechten verketzert die Kriegsgegner als Vaterlandsverräter. Tatsächlich aber kann es keinen nationalen Konsens geben, denn es geht ein tiefer Riss durch Israel, wie man an der Propaganda der Likud-Partei und ihrer Partner sehen kann.
6. Das israelische Friedenslager braucht dringend Gesprächspartner im anderen Lager. Das würde die Überzeugungskraft der Sozialisten in Israel verstärken.

In der Knesset sind zwei arabische Parteien vertreten, Balad und Ra'am, beide wohl geeignet als Gesprächspartner *in* Israel, allerdings ohne Einfluss auf die Politik in den besetzten Gebieten. 1996 hatte Balad ein Wahlbünd-

nis mit der kommunistischen Chadash. Balad ist das hebräische Akronym für Nationales demokratisches Bündnis, gegründet 1995. Ihr Vorsitzender war Azmi Bishara. 1999 gab es sogar eine vorübergehende Verständigung mit der Avoda. Die Partei fordert, Israel solle sich als Staat aller Staatsbürger definieren und nicht als jüdischer Staat, d.h. die volle Gleichberechtigung aller Bürger garantieren. Sie kann vielleicht als links-nationalistisch bezeichnet werden. Die Teilnahme an den Parlamentswahlen 2009 musste die Partei vor dem höchsten Gericht erstreiten. Sie stellt zehn Abgeordnete. Ihr Vorsitzender Bishara wurde »wegen Kontakten mit dem Feind« (Syrien) in die Emigration gezwungen.

Die zweite größere arabische Partei in Israel ist Ra'am, hebräisches Akronym für Vereinigte Arabische Liste. Sie wurde 1988 gegründet als Fusion der Arabischen demokratischen Partei und der Islamischen Bewegung Israels. Sie fordert die Gleichberechtigung aller Bürger Israels und wünscht einen eigenen Staat für die besetzten Gebiete und Ost-Jerusalem. Sie ist gleichfalls in der Knesset vertreten. Die kleineren arabischen Parteien haben die Mindestzahl von zwei Prozent der Wähler nicht erreicht und sind nicht im Parlament vertreten.

Auf beiden Seiten werden die Befürworter eines Friedens verketzert als Vaterlandsverräter; ihr Leben ist gefährdet. Anwar Sadat wurde von einem Ägypter erschossen, Jizhak Rabin von einem jüdischen »religiösen« Studenten ermordet. Sari Nusseibeh, Rektor der arabischen Al-Quds-Universität in Jerusalem, einer der wenigen, der es wagt, für einen Frieden zu werben, ist vielleicht ebenso bedroht.

Führende Israelis, die für einen Frieden werben, blieben isoliert, so Jossi Beilin. Amram Mitzna und Amir Peretz, und wurden von den Apparaten der AVODA ausgetrickst. Der Friedenswunsch der Mehrheit der Bevölkerung auf beiden Seiten geht in der nationalistischen Propaganda und in den immer neuen Provokationen der Herrschenden unter: Raketen und Selbstmordattentate der Hamas und Ausbau der »Siedlungen« durch die israelische Regierung.

Auch Timm (2003: 228) meint, dass das Schweigen der Mehrheit der Palästinenser nicht auf Kriegsbereitschaft schließen lässt, sondern dem stärkeren inneren Druck geschuldet ist: »Im konkreten Fall ist es aufgrund der asymmetrischen Gesellschaftszustände in Israel und in den besetzten Territorien jedoch schwer, die palästinensische Öffentlichkeit zu erreichen und ihre Bürger zu veranlassen, den Schutz der Anonymität aufzugeben und offen ihre Stimmungslage zu artikulieren. Dem widerspricht nicht, dass – anders als die Politiker – beide Bevölkerungen annähernd gleich kriegsmüde und kompromissbereit sind. Offensichtlich ist jedoch noch nicht der kritische

Punkt erreicht, an dem nur noch politisches Handeln sinnvoll erscheint und sich dafür zwingende Mehrheiten bilden.« (Ebd.)

Diese Gesprächspartner gibt es. Gemeinsame Aktionen und Demonstrationen in Israel wurden oben erwähnt.

Einer der wenigen bekannten Palästinenser, der sich öffentlich zu einem Frieden mit Israel bekannt hat, ist der bereits erwähnte Sari Nusseibeh, Rektor der arabischen Al-Quds-Universität in Jerusalem. Zusammen mit dem ehemaligen israelischen Geheimdienstchef Ami Ajalon hat er 2003 eine Erklärung und Grundsätze für einen Frieden veröffentlicht und die Friedensinitiative Peoples' Campaign for Peace and Democracy gegründet. Die beiden wollten dafür möglichst viele Unterschriften sammeln. Der Versuch scheiterte vermutlich an der Lähmung und dem Ohnmachtsgefühl der Angesprochenen.

Die arabischen Sozialisten und Kommunisten haben vermutlich einen noch schwierigeren Stand als die israelischen; sie werden noch schneller zu »Verrätern« und wohl schärfer verfolgt. Im Irak und Iran wurden ihre Führer ermordet und ihre Mitglieder arbeiten illegal. Soweit bekannt sind in beiden Ländern die Kommunisten gespalten. In Syrien ist die KP halblegal. Im Libanon hat sich die KP völlig mit der Hisbollah verbündet und lehnt Kompromisse mit Israel ab. Diese Partei wie einige andere in Entwicklungsländern, die sich Kommunisten nennen, ist wohl mehr nationalistisch als sozialistisch. Das ist für europäische Sozialisten schwer verständlich. Diese Parteien suchen Hilfe im Kampf um die Unabhängigkeit; ist diese erreicht, »verlassen« sie das »sozialistische Lager«.

Ein besonders trauriges Beispiel berichtet Steigerwald (2010: 272) nach seiner Reise zum Parteitag der KP des Libanon als Vertreter der DKP: »Neben mir in der Maschine saß der Chefredakteur des gemeinsamen Theorie-Organs der arabischen kommunistischen Parteien, ein kurdischer Genosse aus dem Irak. Während des Gesprächs zeigte er mir die Narben, die von den Einschüssen in seinem Genick herrührten, die ihm die Schergen der Baath-Partei²² (des Saddam Hussein) beigebracht hatten. Ich hatte in der Zeitung gelesen, in Tripoli, einer Stadt im Norden Libanons, hätten Fatah-Leute in einer Nacht 70 kommunistische Familien umgebracht. Nach der Landung in Damaskus fragte ich den Genossen des Politbüros der KP des Libanon, ob das wahr sei. Ja, es sei wahr, 70 Familien, Erwachsene und Kinder, »by knife«, mit dem Messer, also indem man ihnen die Kehlen durchschneit.

²² Die Baath-Partei bezeichnete sich als arabische sozialistische Partei; sie bestand in mehreren arabischen Ländern. Heute ist sie fast bedeutungslos. Sie ist eher nationalistisch.

Und dann saß ich mit den anderen Delegierten im Parteitagspräsidium, vor mir Ahmed Shukeiri von der Volksfront für die Befreiung Palästinas (Shukeiri war Chef der PLO, ist aber schon 1967 abgesetzt worden) und neben mir der Vertreter der Fatah (Hamas gab es damals noch nicht). Er lobte uns Deutsche, weil wir so viele Juden umgebracht hätten – solches ›Lob‹ habe ich bei meinen Fahrten im Nahen Osten immer mal wieder gehört. Also der Vertreter einer Partei, die unsere Genossen abschlachtete und der mich wegen der Judenmorde lobte. War er mein Freund und ich der seinige, denn wir standen ja gemeinsam gegen das zionistische Israel: Waren wir Freunde, weil wir den gemeinsamen Gegner hatten? Die Losung ›Der Feind meines Feindes ist mein Freund‹, taugt hier gar nichts.«

4.2 Eine internationalistische Lösung

Wir durchleben eine Periode wachsender weltpolitischer Spannungen und einer Veränderung der Kräfteverhältnisse. Der Kalte Krieg wird intensiver. Das US-Militär ist nicht imstande, seine Kriegseinsätze auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak siegreich zu beenden. Dennoch schiebt der US-Imperialismus sein Militär und die NATO-Allianz ständig weiter an die Grenzen Russlands und der VR China vor. Mit 80 Millionen US-\$ wurde 2009 die Kampagne des Gottkönigs von Tibet unterstützt. Unter der Parole, Demokratie und Menschenrechte in die ganze Welt zu tragen, die »westlichen Werte« durchzusetzen, wird dem Volk der USA suggeriert, die USA seien die einzige Ordnungsmacht in der Welt, militärisch nicht nur unschlagbar, sondern auch fast unverwundbar. Die Welt sei unipolar und bedürfe auch nur eines Gesellschaftssystems – des siegreichen, effizienten Kapitalismus.

Die bürgerlichen Medien, in wenigen Unternehmen konzentriert, haben eine hegemoniale Position erlangt. Weitgehend fehlt eine internationalistische Orientierung der Sozialisten. Viele folgen der bürgerlichen Sprachregelung und erklären die vier von Kommunisten regierten Länder für kapitalistisch, frühkapitalistisch oder wenigstens für eindeutig auf dem Weg dorthin. Andere sympathisieren mit jedem Gegner des US-Imperialismus. Das hat zu bemerkenswerten Fehlurteilen geführt, so bei der iranischen Konterrevolution des Ayatollah Khomeini 1979, die von Linken als fortschrittlich und revolutionär begrüßt wurde, weil sie gegen die USA und deren Einfluss gerichtet war und der Sowjetunion gefiel. Wieder andere meinen, es gebe keinen Imperialismus mehr, weil es keine Kolonien gebe. Manche Freunde Israels beschuldigen die Kritiker der US-Regierung des Antiamerikanismus.

Offenbar denken viele Linke in den Kategorien und Begriffen, die der Hegemon vorgibt. Da ist vielleicht eine Rückbesinnung auf sozialistischen Internationalismus nützlich, auf die früher übliche sozialistische Information über weltpolitische Entwicklungen, die von einer Klassenanalyse ausging, in marxistischen Kategorien dachte und die Arbeiter unterrichtete. Nicht jeder Gegner des US-Kapitalismus kann unser Freund sein. Und nicht jeder Vertragspartner oder Verbündete sozialistischer Regierungen kann unsere Solidarität beanspruchen.

Für eine sozialistische Position in den weltpolitischen Prozessen können wir folgende Grundlinien formulieren:

1. Keine Gemeinsamkeit mit der eigenen Bourgeoisie; die »nationalen« Forderungen und Ziele der Werktätigen sind andere als die der Kapitalisten.
2. Nationale Unabhängigkeitsbewegungen sind nach ihrem sozialen »Inhalt« zu beurteilen.
3. Nicht jeder Gegner der kapitalistischen Führungsmächte kann unsere Solidarität erhalten.
4. Nicht jede Allianz sozialistischer Staaten kann vorbehaltlos unterstützt werden. Diesen gegenüber gilt kritische Solidarität und Unterstützung gegen kapitalistische Aggression.
5. Im Nahen Osten Unterstützung der inneren Kräfte bei Palästinensern und Israelis, die für einen Frieden arbeiten, Vermittlung zwischen ihnen.

Zu Punkt 2 ist Folgendes zu sagen: Bei den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen müssen Sozialisten noch lernen, sich von Illusionen zu befreien. Wie oben erwähnt (Kap. 2.3), hat Isaac Deutscher am Beispiel der algerischen Nationalen Befreiungsfront eine marxistische Position formuliert. Sozialisten sind für die Unabhängigkeit aller Völker und unterstützen ihren Befreiungskampf. Sie müssen aber wissen, dass spätestens nach der Unabhängigkeit der Klassenkampf wieder beginnt, indem in den neuen Ländern die einheimische Bourgeoisie die Oberhand behalten hat. Viele der Führer der Unabhängigkeitsbewegungen haben sich während ihres Kampfes als Sozialisten erklärt oder gar als Kommunisten (wie Sekou Touré von Guinea-Conakry). Nach dem Sieg waren sie Sprecher der Bürgerlichen in den Bewegungen.

Marxistische Kritik richtet sich gegen kapitalistische und imperialistische Regierungen und ihre Politik, nicht gegen Völker in ihrer Gesamtheit. Wer den US-Imperialismus kritisiert, ist deswegen nicht anti-amerikanisch, sondern vielleicht sozialistischer Antiimperialist. Aber auch die Bezeichnung »antiimperialistisch« wird heute von vielen gebraucht oder missbraucht, die gemeinsam mit fragwürdigen Elementen gegen Israel demonstrieren. Es muss daher auch hier differenziert werden.

Internationalisten dürfen keine der Kriegsparteien zu weiteren Kriegen ermutigen. Beiden Palästinenser-Strömungen muss klar (gemacht) werden, dass die Vernichtung Israels ein unrealistisches Ziel ist, dass sie Israel anerkennen und das ihren Anhängern erklären müssen. Das muss der *erste* Schritt sein. Die militärische Einmischung des Irans mit Drohungen, Bewaffnung der Hamas ist abzulehnen. Der *zweite* Schritt muss sein, dass Israel die besetzten Gebiete (die Siedlungen) räumen muss und *drittens* ist ein Palästinenserstaat zu gründen.

Darüber hinausgehende Forderungen verhindern jeden Friedensschluss. Eine Rückkehr der (vielleicht) vier Millionen Flüchtlinge ist aus ökonomischen und politischen Gründen unmöglich. Diese Forderung ist reaktionär; und man denke an die Wünsche der deutschen Flüchtlingsfunktionäre, die dann verstärkt erhoben würden. Das Problem der Flüchtlinge muss gelöst werden, aber nicht durch ein Zurück. Alle Staaten, in denen diese seit 1948 leben, sind zu fordern; statt Solidarität zu heucheln, haben sie Solidarität zu praktizieren: Statt Waffen für den Krieg zu liefern, müssen sie den Opfern einer falschen anti-israelischen Politik endlich Wohnung, Arbeit und Bürgerrechte geben – so wie es die BRD nach 1945 mit den 15 Millionen aus ihren Städten und Dörfern geflohenen Arbeitern und Bauern getan hat – mit großem Gewinn. Diese praktische Solidarität haben fast alle arabischen Brudernationen versäumt. Jordanien hat schon bald nach der Ankunft der Flüchtlinge diesen die Staatsbürgerschaft zuerkannt, was von Arafat mit einem Putschversuch beantwortet wurde. Nur noch der Libanon hat endlich 2010 seinen Flüchtlingen die Arbeiterlaubnis gewährt. Libyen hat dagegen die Flüchtlinge über die ägyptische Grenze getrieben.

Die arabischen Flüchtlinge (und die Vertriebenen) sind die Opfer der Politik ihrer Regierungen. Ein Rückkehrrecht oder gar ein vererbliches Heimatrecht für die angeblich vier Millionen gibt es nicht, so wenig wie für die deutschen »Vertriebenen«. Gegenwärtig gibt es in den besetzten Gebieten keine Existenzmöglichkeiten, und in Kern-Israel ist ihre Aufnahme undenkbar.

Die anderen arabischen Aufnahmeländer haben diese selbstverständliche Solidarität nicht geübt, weil sie die Wunde offenhalten wollen. Israel hat im Laufe der Jahre im Stillen etwa 250.000 Palästinensern die Rückkehr ermöglicht, z.T. als Familienzusammenführung. Ein Teil der Flüchtlinge hat in den über 60 Jahren nach 1948 in anderen Ländern Fuß gefasst. Für die anderen muss eine internationale Lösung gefunden werden, an der sich Israel finanziell beteiligen sollte.

Moshe Zuckermann (2010) diskutiert die Probleme der Räumung der Westbank und meint, die Aufgabe sei komplizierter als die Räumung des Sinai und des Gaza-Streifens. Zwar sei der harte Kern der ideologisch und

religiös fanatischen Siedler gering, aber sie seien gut bewaffnet und organisiert. Und er spricht über die Gefahr eines Bürgerkriegs. Dieser pessimistischen Perspektive ist zu widersprechen. Auch die Siedler im Sinai und im Gaza-Streifen protestierten lautstark gegen die Räumungspläne, fügten sich dann und akzeptierten die Alternative im Kern-Israel. Eine politisch starke Regierung, die Israel gegenwärtig nicht hat, muss und kann mit der kleinen Minderheit der 5% fertig werden. Dabei würde sie von der überwältigenden Mehrheit unterstützt werden. Ein jüdischer Protest würde sich eher gegen die Minderheit aufrührerischer Siedler wenden.

Jeder weitere Siedlungsbau in der Westbank erschwert die unausweichliche Lösung und verschwendet die Mittel des Staates. Mit den gleichen Mitteln kann der ganze Negev aus einer Wüste zu einer Kulturlandschaft entwickelt werden mit ebenso schönen und lebensfähigen Siedlungen, wie im Norden dieser Wüste. Der Einsatz der Soldaten zum Schutz der Siedler und der Polizei zum Palästinenser-Schutz vor den Siedlern könnte ersatzlos gestrichen werden.

Aus diesen Gründen lehnt Zuckermann (2010) gegenwärtig einen gemeinsamen Staat als utopisch ab, sieht aber das Problem der Zweistaatlichkeit im Fehlen einer wirklich starken und klugen Führungsgestalt: »Der Rückzug aus den besetzten Gebieten, mithin die Zweistaatenlösung, ist in der gegenwärtigen geschichtlichen Phase – bei allen damit einhergehenden Konflikten, Zerrissenheiten und kollektiven Verlustängsten – unabdingbar. Seine Notwendigkeit liegt auf der Hand. Fraglich ist dagegen, ob sich eine genügend starke und bewusst agierende Führungsgestalt finden lässt, die dies Notwendige rigoros zu vollziehen vermöchte. Eine, die es war, hat ihre Mission mit dem Leben bezahlt; eine andere, die es vielleicht hätte werden können, liegt seit vielen Monaten im Koma.«

Er meint dann, auch eine starke Führungsgestalt brauche das Bewusstsein der Bevölkerung, dass nur durch eine Räumung die Zukunft ihres Staates gesichert werden kann. Es ist zu vermuten, dass die große Mehrheit diese Notwendigkeit verstehen und eine klare Führung unterstützen wird. Wenn es keine Führungspersönlichkeit gibt, so muss eine kollektive politische Führung (Partei, Organisation) deren Aufgabe übernehmen.

Die vielen Pläne, die bisher von äußeren Mächten entworfen wurden, bleiben Papier – ohne Wirkung. Neue Friedensverhandlungen sind angesagt: US-Präsident Barack Obama hatte Benjamin Netanjahu und Mahmud Abbas für Anfang September 2010 nach Washington eingeladen. »Die Worte hör' ich gern, allein mir fehlt der Glaube«. Man möchte diesem Versuch Erfolg wünschen; aber leider sind Zweifel angebracht. Ist Netanjahu zu einem Kompromiss bereit? Ist er und ist seine Partei bereit, die Siedlungen

zu räumen? Und wenn ja, hält seine Regierung dann zusammen, oder werden seine Partner ihn stürzen? Kann die Regierung von Mahmud Abbas die Hamas-Führung umstimmen, die sich bisher der Anerkennung Israels widersetzt? Wie stark ist die US-Regierung gegenwärtig auf internationalem Gebiet, und wie intensiv kann sie sich dem Nahost-Problem widmen angesichts der innenpolitischen Bedrängnis? Ist doch dieser neue Versuch selbst Symptom dieser Bedrängnis.

Die Lösung des Konflikts muss von innen kommen, aus dem Zusammenwirken der Arbeiter und Bauern in beiden Völkern, die ihre Staatsführungen unter Druck setzen oder zum Teufel jagen. Das ist realistischer als auf die »Staatengemeinschaft« oder einen jüdischen oder anderen Messias zu warten. Die aktuellen Regierungen in Jerusalem und Gaza sind nicht willens, Frieden zu schließen. Sozialisten dürfen keine der beiden Regierungen in ihrer Intransigenz und ihren maximalistischen Forderungen unterstützen. Daher muss die Mehrheit in beiden Völkern die Regierungen austauschen. Diese Mehrheit zu sammeln und zu führen ist die Aufgabe von sozialistischen Organisationen in beiden Ländern. Daher war auch die »humanitäre« Solidaritätsaktion der Hilfsflotte im Juni 2010 mehr schädlich als hilfreich.

Mein Wunsch für die israelische Linke:

Nach dem Völkermord des deutschen Faschismus ist es verständlich, dass die Israelis in Zeiten extremer Bedrohung nationale Einigkeit demonstrieren. Umso erfreulicher ist es, dass auch während der Schlacht im Gaza-Streifen israelische Sozialisten gegen die Politik der Regierung protestiert haben. Aber es ist nicht immer Kriegszustand. Und in normalen Zeiten sehe ich die große Koalition als eine Barriere, weil sie die Linke lähmt, nicht die Rechte. Das gilt für alle kapitalistischen Länder, wie wir auch in der BRD sehen. Hier halte ich es mit Rosa Luxemburg, die vor langer Zeit (1900) erklärte: »In normalen Zeiten gehören Sozialisten im bürgerlichen Staat in die Opposition.«

Die Arbeitspartei in Israel ist – wie unsere SPD – nicht mal mehr sozialdemokratisch, sondern ihre Führung ist völlig in den kapitalistischen Staat integriert. In Israel wünsche ich mir eine Stärkung der Linken und von dieser verstärkten außerparlamentarischen Druck auf die Regierung.

Und nun mein Wunsch für die Linke in der BRD:

Wie wäre es, wenn die deutschen Linken wieder internationalistische Ziele formulieren würden: gegen jeden Imperialismus (der US- und der Iran-Regierung), gegen jeden Antikommunismus (der Regierungen in Washington und Teheran), gegen Antisemitismus und Rassismus überall, für sozialistischen Internationalismus!